

Bezugspreis: Vierteljährlich 1,50 M., monatlich 20 Pf., frei ins Haus, voraus zahlbar. ...

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis: Die einseitige Normzeile ...

Anzeigen für die nächste Nummer ...

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3

Freitag, den 24. März 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Endkampf um Oberschlesien.

Vor dem Schiedsspruch Calonders.

Die deutsch-polnischen Verhandlungen in Genf sind gestern in ein entscheidendes Stadium getreten. Nachdem man in den meisten anderen Fragen zu einer gütlichen Einigung gelangt war, wurde in der gestrigen Sitzung der letzte Versuch unternommen, in der Liquidationsfrage zu einer befriedigenden Regelung zu gelangen. ...

Geschäftspunkte der nationalen Wiederherstellung durch Entgermanisierung werde der polnische Anspruch hinsichtlich, da Oberschlesien niemals dem Königreich Polen angehört hat und von der Anwendung der preussischen Ansiedlungs-gesetzgebung ausgeschlossen war. ...

Spaltung und Vereinigung.

Die verjüngte USP.

Die „Freiheit“ veröffentlicht heute morgen, vor Beginn der unabhängigen Parteiratssitzung, zwei Aufrufe, aus denen hervorgeht, daß der Zusammenschluß der USP. mit der Levi-Gruppe nunmehr eine vollzogene Tatsache ist. ...

Über die Größenzahlen dieser Gruppen läßt sich schwer etwas Bestimmtes sagen, sicher aber bildet die Gesamtzahl ihrer Mitglieder nur einen Bruchteil der Mitgliederzahl der Sozialdemokratischen Partei. ...

Der Aufruf der Levi-Gruppe erklärt, daß sich die kommunistische Partei in einem Zustand völligen Verfalls befinde. Das ist eine notorische Tatsache, an der durch sowjet-offizielle Versicherungen des Gegenteils nichts geändert wird. ...

Es ist ein offenes Geheimnis, daß auch die Partei der Unabhängigen mit den allergrößten Schwierigkeiten zu kämpfen hat. Seitdem sie bei den Juniwahlen von 1920 ihren glänzenden Höhepunkt erreicht hatte, befindet sie sich in einem unaufhaltsamen Niedergang. ...

Wird man die beiden Aufrufe, dann freilich ist die Sache vollkommen klar. Da die KPD. nichts mehr bedeutet, ist mit dem Zusammenschluß von USP. und KPD. die „proletarische Einheitsfront“ hergestellt — bis auf eine Kleinigkeit, die man in der nächsten Zeit auch zu schaffen gedenkt, nämlich die Aufsaugung der Sozialdemokratischen Partei durch die USP. ...

Darüber kann man nur lächeln. Aber man muß doch die Frage aufwerfen, ob es die Aufgabe der neuen USP. sein soll, ihren Anhängern neuen Sand in die Augen zu streuen. Die Sozialdemokratische Partei hat als einzige sozialistische Partei Deutschlands alle Stürme der letzten Jahre unversehrt überstanden, sie ist mit ihrer eine Million weit überlebenden Mitgliederzahl die stärkste politische Organisation, die es in Europa, vielleicht in der ganzen Welt gibt. ...

Der Weg der Linksgruppen geht nicht von der Sozialdemokratischen Partei weg, sondern, wenn auch mitunter mit seltsamen Sprüngen, zu ihr hin. Urkund dessen der neueste Aufruf der USP. selbst, in dem es heißt: ...

Mit der kommunistischen Arbeitsgemeinschaft und ihren Bestimmungsgenossen lehrte ein Teil der revolutionären Kämpfer zur Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zurück, die sie Ende 1918 und Mitte 1920 verlassen hatte in dem Glauben, links von ihr eine revolutionäre Massenpartei nach dem Vorbild der russischen Bolschewiki bilden und in kühnem Anlauf sofort die politische Macht erobern, den Sozialismus zum Siege führen zu können. ...

Es ist deshalb verwunderlich, wenn die polnische Regierung, nachdem sie einmal drei Viertel des Weges entgegengekommen war, im letzten Augenblick durch um so größere Halsstarrigkeit in der Liquidationsfrage alles Erreichte wieder in Frage stellt, und man muß sich fragen, auf welche Rechte sie sich hierbei stützt. Was der polnische Vertreter in Genf in dieser Hinsicht vorbringen konnte, gleich einem Rückzugsgesetz, bei dem es nicht mehr darauf ankommt, sein Recht zu verteidigen, sondern durch Scheingründe den Rückzug von einer bereits aufgegebenen Position zu verdecken. ...

Dieser Schiedsspruch wird, wie man in Genf annimmt, wie auch der für die anderen noch strittigen Fragen vermutlich später erfolgen, als es noch in den letzten Tagen die Absicht des Präsidenten war. Eine Aenderung des ursprünglichen Programms ist auch insofern eingetreten, als die heutige Sitzung, in der die übrigen Fragen besprochen werden sollten, entgegen einer früheren Mitteilung unter Aufschub der Öffentlichkeit stattfinden wird. ...

In seiner gestrigen Rede über das Liquidationsproblem wies der deutsche Bevollmächtigte Reichsminister a. D. Schiffer nach, daß der polnische Anspruch auf Liquidation sich weder aus dem Versailler Vertrag ableiten lasse, noch aus dem Beschluß der Konferenz vom 20. Oktober 1921. Artikel 92 des Versailler Vertrages nehme vielmehr Oberschlesien von der Behandlung der anderen ausgelagerten Gebiete aus, in denen Polen ein Liquidationsrecht zusteht. Die Note vom 20. Oktober fordere ihrerseits ausdrücklich Achtung des privaten Eigentums, Bewahrung der wohl-erworbene Rechte und strebe überhaupt in ihrer Gesamtheit die Schaffung eines Rechtszustandes in Oberschlesien an, mit dem ein Liquidationsrecht völlig unvereinbar sei. ...

die in dem Besitz nur das materielle, nicht aber das moralische Moment sehen will, und protestierte entschieden auch gegen die Auffassung, als könne man sich mit dem polnischen Liquidationsrecht auch deshalb abfinden, weil es infolge der großen Schwierigkeit seiner Anwendung in der Praxis doch nie ausgeführt werden dürfte. ...

Reichsminister a. D. Schiffer schloß seine Rede mit folgenden Worten: Unabgesehene Wunden haben unsere ober-schlesischen Mitbürger erlitten, das darf nicht vergessen werden; wenn man ihnen durch den Vertrag ein neues Recht und die Grundlage eines neuen Rechts geben wollte, so ist dies nicht Gnade und Mitleid, das man für Oberschlesien verlangt, es ist das Recht, das unvereinbar ist mit der Aufrechterhaltung einer so grausamen Maßregel. ...

Hilfsaktion für Oberschlesien. Berlin, 24. März. (II.) Das Reichsfinanzministerium und das preussische Finanzministerium bereiten für die Klein-gewerbtreibenden Oberschlesiens eine Hilfsaktion vor. Sie haben sich bereit erklärt, eine Verlustgarantie für Darlehen an Gewerbetreibende bis zu 25 Proz. zu übernehmen. ...

Hungerkatastrophe in der Ukraine.

900 000 Menschen dem Tode verfallen. Ems, 24. März. (II.) Die Emscher Zentrale des Hilfswerks nannte teils einen Bericht des Hauptmanns Quisinski über die Lage in der südlichen Ukraine mit, der alles übertrifft, was bisher über die russische Hungersnot bekanntgeworden ist. ...

Entente-Hausse.

Am Berliner Devisenmarkt setzte sich heute die Hausse fort. Börsenlich wurde der Dollar zeitweise mit 347 gehandelt. Im offiziellen Verkehr schwankte der Kurs zwischen 336 und 344. Um die Mittagstunde stellte er sich auf 337—338. ...

systematischen Machterweiterung des Proletariats innerhalb der auch nach der Revolution leider immer noch fortbestehenden kapitalistischen Klassengesellschaft.

Der Ruf der U.S.P. verspricht, daß sie selbst lange genug die schweren Irrtümer des Kommunismus geleistet, seine verhängnisvollen Fehler mitgemacht hat, bevor ihr die Augen aufgingen. Die einzige deutsche Arbeiterpartei, die in keinem Augenblick der russischen Hypnose erlag, war die Sozialdemokratische Partei. Darum wurde sie jahrelang von links in fanatischer Weise beföhelt.

„Die systematische Machterweiterung des Proletariats“ ist rein sozialdemokratische Prägung im Sinne des Bötticher-Programms. Ueber die Methoden, nach denen diese „systematische Machterweiterung“ zu erreichen ist, bestehen zurzeit noch Meinungsverschiedenheiten, aber wir zweifeln keinen Augenblick daran, daß die U.S.P. auch auf diesem Gebiet in der Erkenntnis und Praxis uns allmählich nachkommen wird. Denn wer A sagt, muß auch B sagen, und wer dem „Reformismus“ den kleinen Finger reicht, dem nimmt er die ganze Hand. Die besten Köpfe der U.S.P. haben ja auch längst begriffen, daß es zwischen einer nüchternen, das letzte Ziel im Auge behaltenden Reformarbeit und einem ganz unbestimmten Etwas, das davon das Gegenteil sein will, ein längeres Hin- und Herschaukeln nicht geben kann.

Trotzdem wird der vollzogene Vereinigungsprozeß zunächst wohl ein stärkeres Hervortreten der radikal klingenden Redewendungen und eine deutliche Abstufung des klarer denkenden rechten Flügels zur Folge haben. Die Entwicklung der Linken vollzieht sich nun einmal nach Hegelscher Dialektik: jeder Gegensatz ist in seinem Gegensatz aufgehoben und aufgehoben, Spaltung ist Vereinigung, Vereinigung ist Spaltung. Vor anderthalb Jahren Spaltung der U.S.P., Vereinigung ihres linken Flügels mit der K.P.D., jetzt Spaltung der K.P.D., Vereinigung des rechten Flügels mit der U.S.P., zugleich aber auch Spaltung der K.P.D. selbst, Vereinigung eines Teils von ihr mit der K.P.D.

Einen Abschluß wird dieser verwirrende Prozeß erst erreicht haben, wenn sich die zu ernster Arbeit brauchbaren Elemente wieder der Sozialdemokratischen Partei anschließen und der Rest ins Wesenlose verfliehet.

Im Reichstag ist der Zusammenschluß der beiden Fraktionen noch nicht vollzogen, es ist auch nicht sicher, wieviel Abgeordnete der K.P.D. sich der U.S.P. anschließen werden, einer von ihnen, Eichhorn, hat bereits erklärt, er ziehe vor, Wider zu bleiben. Die U.S.P.-Fraktion würde sich also höchstens um 14, d. h. auf 75 Mann vermindern. (Die sozialdemokratische Fraktion zählt 108 Mitglieder.) Im Interesse einer Vereinfachung des Redebetriebs wäre es wünschenswert, daß der Zusammenschluß der Fraktionen nun auch nicht mehr lange auf sich warten ließe.

Dienstag Reparationsdebatte.

Der Aeltestenrat des Reichstages hat heute endgültig den Termin für die Erklärung der Regierung über die Reparationsnote auf Dienstag nächster Woche festgesetzt.

Heute vormittag hat das Reichskabinett eine Sitzung abgehalten. Nachmittags um 4 1/2 Uhr tritt es unter Vorsitz des Reichspräsidenten wieder zusammen. Für Montag sind die Ministerpräsidenten der deutschen Bundesstaaten zur Besprechung mit der Reichsregierung nach Berlin gebeten worden.

Die Zeitungsansicht von einem Besuch des englischen Botschafters beim Reichskanzler ist nicht richtig.

Die gestrige Reichstags-Sitzung schloß drei Viertelstunden nach Mitternacht. Bis dahin bestanden Remmele (K.P.D.) das Wort. Anwesend waren bei Schluß der Sitzung der Reichstagspräsident Löbe, die Schriftführer Schmidt-Meißner und Raden als Bureau. Die Zuhörerschaft wurde von dem Genossen Schred-Bielefeld, dem Herrar Leich von der Bayerischen Volkspartei und 8 Fraktionkollegen des Redners gebildet.

Kamerad, denkst du daran?

Von Karl Nicolaus.

Kamerad, weißt du es noch — das stählerne Brüllen der Erde um uns — das Aufspritzen menschlicher Hirne — und der Birkwarr aus Menschengedanken und Stahl und Dreck und Blut? —

Kamerad, Kamerad — denke daran: das war die Schlacht! Das waren die Sturmangriffe, die man als Heldentaten pries — das war der wildgewordene Irrsinn des Krieges!

Kamerad, Kamerad — denke daran! — Und dann — Kamerad, weißt du noch, wie du gebest hast — wie Männer beteten gleich unbefohlenen Kindern, und wie Versinnigter — mit brennendem Wahnsinnschaum um den Mund — mit wehenden Haaren und zerrissenen Schreien ins Kampfgelände vorstürzten, um im eigenen Drahterbau hängen zu bleiben? —

Und dann, Kamerad — weißt du es noch — das schrille Schreien der Sterbenden, das wie irrstümmiger Blutgesang über die zerstampften Felder kreischte, um in dem stählernen Hagel der Geschosse unterzugehen? —

Kamerad, weißt du das alles noch? Das sind die wahren Helden der Schlacht — nicht jene verzogenen Vorfe, die andere an sicheren Pulken schreiben!

Und dann, Kamerad, weißt du es noch — des Nachts, wenn die verdorrten Körper in den Drahterbau zu leuchten begannen wie matte Wespener der Vergänglichkeit — oder wenn der Mond über der Wüstung stand, und du in die Sterne sahst, und es dir wie ganz von fern her einfiel, daß es eine Welt gab — und eine Erde — und ein Leben, und daß auf dieser Erde irgendwo Menschen in Frieden lebten — Menschen, zu denen du auch gehören solltest!

Und, Kamerad — weißt du noch, wie du dann emporgeschluchzt hast in die Sterne, und wie du dich aufgeregt hat nach dem Leben und nach dem Menschsein, das du befehlen müßtest, gezwungen durch die schaurigen Befehle des Krieges. Und dann, Kamerad, wenn das Schicksal der Sterbenden im Borgelende wie ein verräucherter Totengang durch die Nacht kroch, und ein furchtbares Schauern über die Gräben entlangzitterte!

Kamerad, weißt du das noch? — Und wenn die großen Totenwägel der Flieger durch das Mondlicht segelten, und die Gaschwaden sich heranwälzten, um die Augen und Leib und Lungen zu zerfressen!

Und wenn es dann war, als ob die geschändete Erde aufstöhnte in furchtbarem Qual!

Kamerad — Kamerad — denke daran! Das war der Krieg. Das war die große Zeit des Wahnsinns. Das waren die wahrhaftigen Helden der Schlacht, das war das wahre Gesicht des Heldentums! —

Kamerad, Kamerad, denke daran: das alles darf nie wieder sein! —

Gold- oder Papiersteuern?

Die „Nationalliberale Korrespondenz“, die den Pressedienst der Deutschen Volkspartei versieht, formuliert ihre Stellung gegenüber der jüngsten Reparationsnote in dem Worte „unmöglich“. Sie sagt damit nichts Neues und nicht viel weniger als Selbstverständliches. Beachtenswerter erscheint uns, daß sie sich darüber aufregt, „daß also . . . unsere gesamten Steuern nach dem Goldwert gezahlt werden müssen“. Ist das so schrecklich? Außerdem: geschieht das nicht schon bei der Mehrzahl unserer Steuern? Man denke nur an die Einkommensteuer. Sie steigt in ihren Erträgen automatisch bei zunehmender Entwertung des Geldes, bei flatternder Mark fallen die Zahlengrößen der vereinnahmten Summen. Das gleiche wiederholt sich bei all den Steuern, die mit festen Prozentverhältnissen arbeiten. Auch die Zwangsanleihe kann ja nur auf diesem Wege ihren Zweck erfüllen. Betrag an der Allgemeinheit sind jene Besitzsteuern, wie z. B. das Reichsnotopfer, die die Schwankungen der Mark unberücksichtigt lassen. Wir verstehen deswegen das Angstgeschrei der „Nationalliberalen Korrespondenz“ nicht recht. Oder soll man hinter der „Unorientiertheit“ bestimmte Absichten vermuten?

Der „Vorwärts“ als Kläger.

Gegen deutschmonarchistische Verleumdung.

Das Schöffengericht Berlin-Mitte verhandelte am Donnerstag vormittag den Prozeß des „Vorwärts“, vertreten durch Rechtsanwalt Genossen Wolfgang Heine und das frühere Mitglied unserer Redaktion Genossen Dr. Peller, gegen das „Deutsche Abendblatt“ des Herrn Wulle. Der Anklage lag folgender Tatbestand zugrunde: Im November vorigen Jahres erschien im „Vorwärts“ ein Artikel, der sich mit der dänischen Propaganda in den Grenzgebieten beschäftigte und die kulturellen Leistungen der Dänen in Gegenfah zu den Gewaltmethoden der Polen in Oberschlesien und der Franzosen im Saargebiet stellte. Das „Deutsche Abendblatt“ benutzte diesen Artikel, um in einem „Korruption“ überschriebenen Aufsatz gegen den Verfasser des Artikels bzw. gegen die „Vorwärts-Redaktion“ in taum verhöllter Form den ungeheuerlichen Vorwurf zu erheben, daß

Annahme dänischen Geldes

zur Aufnahme des besagten Artikels veranlaßt worden zu sein. In der Verhandlung erklärte Genosse Dr. Peller, sich auf einen etwaigen Sühnevertrag nicht einlassen zu können. Rechtsanwalt Heine beleuchtete sodann die sachliche Bedeutung des besagten Artikels und wies besonders auf die Schwere der Beleidigung hin, die in der Gleichsetzung des „Vorwärts“-Redakteurs mit Lumpen, die ihr Vaterland für Geld verkaufen, bestehe. Sein Appell an den Angeklagten, wenigstens offen zuzugehen, daß er gegen den „Vorwärts“ den Vorwurf der Korruption habe erheben wollen, verhallte jedoch ungehört. Der Verteidiger des Angeklagten argumentierte vielmehr, der „Vorwärts“ verleihe den Begriff Korruption falsch:

Korruption komme von dem lateinischen Wort *corrumpere*, das „zusammenbrechen“ bedeute, also bedeute der Vorwurf der Korruption den Vorwurf, Känder einer zusammengebrochenen Weltanschauung zu sein. Das Gericht folgte selbstverständlich dieser Heiterkeit erweckenden Ausföhrungen nicht, sondern es verurteilte den Angeklagten, der nicht einmal den Versuch unternahm, den Wahrheitsbeweis anzutreten, zu 1000 M. Geldstrafe bzw. für je 10 M. einen Tag Haft, zur Trogung sämtlicher Kosten, und sprach dem „Vorwärts“ die Befugnis zu, den Wortlaut des Urteils binnen Monatsfrist im „Vorwärts“ wie im „Deutschen Abendblatt“ zu veröffentlichen. In der Urteilsbegründung bemerkte der Vorsitzende, der Angeklagte habe die Grenzen, die der Ausföhrung politischer Meinungsfreiheit gezogen seien, weit überschritten, indem er die persönliche Ehre des Klägers aufs schwerste angegriffen habe. Nur mit Rücksicht auf die bisherige Unbescholtenheit des Angeklagten wurde von einer Freiheitsstrafe abgesehen.

Wiederum ist also eine Verleumdungskampagne, die mit echt deutschnationaler Grobspurigkeit unternommen wurde, kläglich in sich zusammengebrochen. Man darf auch nach Ausgang dieses Prozesses nicht hoffen, daß unsere Nationalisten endlich aufhören wer-

den, politische Gegner mit den Mitteln der persönlichen Berungsimpfung zu bekämpfen; in jedem Falle bleibt es nützlich, den Gesinnungsfreunden des „Deutschen Abendblattes“ ihre Erbärmlichkeit vor Zeit zu Zeit vor Augen zu führen.

Moskaus Antwort auf den Protest.

Die belgische Arbeiterpartei hat am 21. März ein aus Riga übermitteltes Telegramm der Sowjetregierung erhalten, das vom Volkskommissar für Justiz gezeichnet ist und eine Antwort auf ihre bzw. auf alle anderen Protestkundgebungen der sozialistischen und gemertschaftlichen Organisationen des Auslandes gegen das an den verhafteten Sozialrevolutionären geplante Verbrechen darstellt.

Diese Antwort ist nur insofern klar, als sie wüste Beschimpfungen der Parteien der Zweiten und der Wiener Internationale enthält, „die stets der Politik des direkten und indirekten Bündnisses mit den ausbeutenden Klassen treu geblieben sind, die in allen Ländern die Kommunisten verfolgt und massakriert haben“, namentlich in Deutschland. Sodann heißt es weiter:

„Wein dieses Bündnis und diese politische Verwandtschaft zwischen den sozialrevolutionären bzw. menschenwärtlichen Parteien, die vergebens die Unternehmungen von Koltshof, Denikin usw. unterstützt haben, erklären das Vertrauen, das eure Parteien jetzt den Sozialrevolutionären schenken und die Verteidigung bereit, die ihr eure Genossen nennt und die in Wirklichkeit die Mörder der russischen Kommunisten sind.“

Es ist natürlich eine ganz freche Geschichtsklitterung, wenn die Sowjetregierung behauptet, daß Sozialrevolutionäre und Menschewiki die weißgardistischen misföhrlichen Expeditionen unterstützt hätten. Die wenigen ehemaligen Sozialrevolutionäre, auf die diese Behauptung allenfalls zutreffen könnte, sind von ihrer Partei, in der sie niemals eine führende Rolle gespielt haben, ausgeschlossen worden, und das war z. B. der Grund, weshalb der Kongreß der Zweiten Internationale in Genf im August 1920 die Aufnahme einer von Meginiski geföhrten Gruppe ausdrücklich abgelehnt hat.

Sodann erklärt das Telegramm, daß der Prozeß gegen die betreffenden „sozialrevolutionären Mörder“ noch gar nicht begonnen hätte, und daß nicht einmal die Anklageschrift ihnen bisher überreicht worden sei.

Böllig unklar ist aber der Schlußsatz des Antworttelegramms. Es heißt darin:

„Ich halte es jedenfalls für meine Pflicht, hinzuzufügen, daß die Sowjetregierung niemals einen Vorschlag auf Gefangenenaustausch oder auf Befreiung dieser oder jener Kategorie von Inhaftierten abgelehnt hat, als derartige Vorschläge von der Regierung Denikins gemacht wurden, und zwar im Augenblick selbst, wo dieser in Sowjetrußland einmarschierte, um dort die Herrschaft der Großgrundbesitzer wieder aufzurichten.“

Soll dieser Schlußsatz nur eine neue Schmähung darstellen, indem man damit andeuten will: auf den Vorschlag eines Denikin würden wir eingehen, aber eure Proteste lassen uns kalt — oder wird das Schicksal der sozialrevolutionären Opfer einiger bolschewistischer Spitzel zu einem Schacherobjekt werden, wobei die Sowjetregierung irgendwelche Gegenleistungen erwartet?

Paul Ugetrod, der große Vorkämpfer der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung Rußlands, trifft heute aus Paris in Berlin ein, um in einer Klinik Heilung von einem ernsten Leiden zu suchen. Wir hoffen zusehends, ihn bald wieder als kräftigen Streiter für die Sache des internationalen Sozialismus begrüßen zu können.

Wechsel in der Chefredaktion der „Germania“. Die die Telegrammen-Union aus Jentrumdresden erföhrt, scheidet der Generalsekretär des Reichsgeneralsekretariats der deutschen Jentrumspartei, Dr. Kagenberger, am 1. April 1922 aus seiner bisherigen Tätigkeit aus. Dr. Kagenberger übernimmt alsdann den Direktorenposten der „Germania“ in Berlin. Der bisherige Chefredakteur der „Germania“, Dr. Hommerich, tritt ebenfalls von seinem Posten zurück und geht ins Reichsfinanzministerium über.

Kleines Theater: „Das kleine Schokoladenmädchen“ von Paul Gavault. Die vor ein paar Jahrzehnten in Berlin bereits gespielte Komödie erwies sich auch in dieser Neuaufföhrung unter der geschickten Regie des Herrn Kanehl als ein Treffer. Es steckt ein gut Teil spielerisch-psychologischer Ironie darin, die hier und da in ihrem leeren Übermut an Bernhard Shaws amütsigen Witz erinnert. Das kleine Schokoladenmädchen, die Tittelfeldin, serviert in keiner Konditorei, sondern ist das Töchterchen eines schwerreichen, reklamierberühmten Pariser Schokoladenfabrikanten. Ein von dem windigen Papa total erzeugenes, unaussprechlich arrogantes Geschöpf, daran gewöhnt, daß man seine hanedüchlenen Unverschämtheiten überall mit Verbeugungen und Schmeicheleien quittiert. Lustig und originell ist die Idee, daß kein herrlicher Petruschko, vielmehr ein kleiner schüchtern Beamter, ein Muster exemplarischer Bescheidenheit, den Starrsinn dieses Troktopfs schließlich überwindet. Bei einer nächtlichen Autopanne bricht sie in sein weltabgeschiedenes Junggesellen-Bandhaus ein, als ob er sich glückselig schämen müßte, einem Gast wie sie Quartier zu geben. Daß er bei aller angeborenen Höflichkeit trotzdem nicht gerade entzückt ist, packt sie als Sensation, erweckt ihr Interesse. Und der Eindruck wird noch stärker, als der Gepeinigete, nachdem sie am nächsten Morgen seinen zum Besuch erscheinenden Schwiegervater in spe nebst Fräulein Braut verschmeicht hat, ihr endlich einmal ordentlich die Wahrheit sagt. So etwas imponiert ihr. Das ist ein Mann, bei dem sie, wenn er sich in sie verliebt, sicher wäre, daß er es nicht in Rechnung auf die väterlichen Millionen tut. Verliebtheit potenziert noch ihre Ironiesamtheit und so die Angst, die der vom Ausbruch seines Mannesorgans selbst erschreckte sanfte junge Mann empfindet. Die Komik des Kontrastes gipfelt in den Szenen, wo sie den Verdähten, von dem allzeit achrosamen Papa als Anstandsdiener begleitet, in den geheiligten Räumen des Bureaus überfällt. Und der drohliche Einsall, daß sie, da er auch dann noch streift, als Klosterkandidatin in Schweigertrockt Abschied nehmen kommt und so sein Herz röhrt, ruft auch im letzten Augenblick eine animierte Stimmung wach.

Carola Loeckle in der Rolle des hübschen weiblichen Unholts und Wilhelm Bendow als zoghaft geduldiges Opferlamm brachten den Humor des Ganzen sehr flott und dabei mit feiner Diskretion, über den die psychologischen Hintergründe wahren Laß hervor. Franz Schönfeld, Albert Eivens und Ellen Lieh sekundierten in gewandter Weise. Stück und Darsteller ernteten lebhaften Applaus.

In 275 Minuten von London nach Paris und zurück. Der lebhafteste Luftverkehr zwischen der französischen und der englischen Hauptstadt zeitigt immer neue Rekorde. So hat in diesen Tagen ein Flugzeug, das am frühen Morgen London verlassen, in zwei Stunden und 30 Minuten Paris erreicht. Hier wurde die Maschine kontrolliert, mit Petroleum, Öl und Wasser versehen und konnte bereits 50 Minuten nach ihrer Ankunft ihren Rückflug antreten. Sie nahm zwei Passagiere mit, die in London eine geschäftliche Verabredung für 3 Uhr hatten und die auch nicht zu spät kamen, denn das Flugzeug war bereits um 2 Uhr, nach einem Flug, der zwei Stunden und fünf Minuten gedauert hatte, wieder an Ort und Stelle. Die ganze Reise hatte es also in 4 Stunden und 35 Minuten zurückgelegt.

Die dreißig Silberdollar des Judas. Die Amerikaner, die an der diesjährigen Aufföhrung der Oberammergauer Passionsspiele das größte Interesse nehmen, zerbrechen sich ihre Köpfe darüber, woher denn Judas seine 30 Silberlinge kriegen wird, da es nach ihrer Ansicht in Deutschland schwer halten würde, noch 30 Silbermünzen aufzutreiben. Wie die „Chicago Tribune“ berichtet, haben daher amerikanische Freunde dem Darsteller des Christus, Anton Vong, angeboten, sie würden für diese Szene 30 Silberdollar zur Verfügung stellen. Sie wünschen also, daß Judas in Dollar bezahlt wird, wahrscheinlich, weil sie ihm seinen Lohn in „starker Valuta“ gönnen. Die Oberammergauer haben aber dieses Angebot abgelehnt, und es ist interessant, wie Anton Vong diesen Verzicht auf die Dollars begründet. „Wir hatten es nicht für richtig, dieses Geld zu nehmen“, sagte er einem Berichterstatter des Blattes. „Sie wissen, wie man in Europa heutzutage gegenüber dem Dollar empfindet. Gibt es doch Leute, die sagen, man könne bei dem gegenwärtigen Stande des Dollars für dieses Geld alles kaufen, selbst Seelen. Wenn wir 30 Silberdollar benötigen würden, wie wir früher 30 deutsche Silbermünzen verwenden, so würde das zu endlosem Gebrede Anlaß geben. Die deutschen Münzen, die wir das letztmal 1910 als Lohn des Judas benutzten, sind längst ausgegeben, um Brot zu kaufen. Ich fürchte, wir werden in Staniolpapier eingewickelte Holzstücke verwenden müssen, denn unter den Dorfbewohnern dürften keine Silbermünzen aufzutreiben sein.“

Das Automobil als Wahlkandidat. In diesen Tagen sind in Rumänien die neuen Wahlen durchgeführt worden. Fast wäre dabei ein Automobil als der geschäftsmäßige Vertreter des Volkes in die rumänische Deputiertenkammer eingezogen. Und dies kam so: Im Verlauf der Wahlkampagne benötigte ein Kandidat in Stebenbürgen ein Automobil für seine Agitationsreise. Er bat den Ministerpräsidenten Bratianu darum, und dieser depechierte zur Antwort: „Ich schicke Ihnen Laurin-Klement“ (Name einer Autofirma). Hier beginnt die Geschichte lustig zu werden. Der Präsekt im Ort, der das Telegramm erhielt, bildete sich ein, Laurin-Klement wäre ein liberaler Kandidat, den er auftragsgemäß auf alle Weise unterstützen müsse. Befragt, getan. Am nächsten Tage prangten allerorts ungeheure Plakate, welche die Bevölkerung aufforderten, für den bestbewährten Regierungskandidaten Laurin-Klement zu stimmen. Der richtige Kandidat geriet, als er von dieser offiziellen Gegenkandidatur erfuhr, in größte Bestürzung, und eilte spornstreichs nach Bukarest, um bei seinem hohen Chef Beschwerde zu föhren. Der war vorerst ganz entsetzt, durchschaute aber dann den wahren Sachverhalt und brachte alles wieder in Ordnung, so daß es dem Regierungsaufomobil erspart blieb, als Deputierter in die Kammer einzuziehen.

Eine drahtlose Station auf dem Montblanc. Auf dem Montblanc ist eine Station für drahtlose Telegraphie eingerichtet worden. Sie soll vorzugsweise militärischen Zwecken dienen, dürfte aber jedenfalls auch bei alpinen Unfällen von Nutzen werden können.

Im Montblanc beginnt Freitag Dr. Grau einen auf drei Abende berechneten Vortragskursus über: „Die Kultur der Gegenwart und die Frage ihres Zukunfts“. Beginn 7 1/2 Uhr, Gule Hofenkaufstraße 47/48.

Bestürzung in England.

London, 24. März. (W.B.) Der Eindruck der Reparationsforderungen in Berlin und der Kurosturz der Mark werden eva in der Londoner Morgenpresse ausführlich besprochen. Der Berliner Berichterstatter des „Daily Chronicle“ schreibt, keine deutsche Regierung könne es übernehmen, Fortsetzung, wie die der Reparationskommission durchzuführen zu versuchen, und die augenblickliche Regierung werde es bestimmt nicht tun. Während der letzten stürmischen drei Jahre sei die deutsche öffentliche Meinung in keiner Frage so eins gewesen wie in dieser. Wenn Dr. Brüch vor den Reichstag treten und erklären würde, er beabsichtige, diesen Forderungen zuzustimmen, so würde er nicht eine einzige Stimme irgendeiner Partei dazu erhalten. Der Berichterstatter hebt hervor, daß der durch die Forderungen der Reparationskommission erzielte neue Sturz der Mark bedeute, daß die deutsche Regierung 50 Proz. mehr für alle Deutschen bezahlen müsse, die sie zu Reparationszwecken kauft, als dies vor einem Monat der Fall gewesen ist. Die Frage sei so ernst, daß sich die deutsche Regierung wahrscheinlich nicht in der Lage sehen werde, die nächste Jahralgarate zu bezahlen. Durch den Sturz der Mark werde dem deutschen Budget vollkommen der Boden eingelagert und alle finanziellen Vorkehrungen würden dadurch in Unordnung gebracht.

Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ schreibt, die britischen Minister und Sachverständigen des Schatzamts hätten gestern eingehend die Forderungen der Reparationskommission gegenüber Deutschland geprüft. Die Forderungen der Reparationskommission seien zweifellos scharf, möglicherweise schärfer, als sie es gewesen wären, wenn die britischen Ansichten ganz durchgedrungen wären. Die Forderungen seien jedoch entschieden weniger scharf, als wie von deutscher und anderer Seite dargestellt werde. Die britischen Sachverständigen erklären, daß die Finanzpolitik und die fiskalische Verwaltung Deutschlands eine Unfähigkeit oder Vernachlässigung an den Tag gelegt hätten, die die Gläubiger Deutschlands dazu berechtigte, ihr Einhalt zu tun.

„Times“ schreibt in einem Leitartikel, nächste Woche soll in Berlin schienen jetzt genügt, die Forderung der Reparationskommission fähler zu betonen. Sie erkennen an, daß diese Forderungen die Bestimmungen des Versailler Vertrages und des Londoner Ultimatus vom Mai zu Deutschlands Gunsten abändern. Man nehme an, daß die deutsche Regierung um weitere Zusätze ersuchen werde. Das sei ein kluges Verfahren, solange es nicht nur als ein Verwand zu Verzögerungen benutzt werde.

Der City-Berichterstatter der „Westminster Gazette“ schreibt, die strenger Bedingungen, die Deutschland jetzt von den Alliierten auferlegt werden sollten, hätten den neuen Sturz der Mark veranlaßt. In der City werde anerkannt, daß infolge der mit der Reparationsfrage untrennbar zusammenhängenden politischen Einflüsse eine befriedigende Lösung, die das Vertrauen in die Zukunft wiederherstelle, noch nicht in Aussicht sei. Die City lege sich vollkommen über die Gefahren Rechenschaft ab, die drohen werden, wenn die deutsche Mark den Weg der österreichischen Krone oder des russischen Rubels gehe.

Eine Stimme aus Amerika.

Paris, den 24. März. (W.B.) Der Londoner Korrespondent der „Chicago Tribune“ gibt die Neußerungen eines angesehenen englischen Finanzmannes wieder, daß der Beschluß der Reparationskommission wahrscheinlich den Bankrott Deutschlands zur Folge haben und eine weitgehende Arbeitslosigkeit in Deutschland heraufzuziehen werde. Deutschland werde nur noch dieses Jahr bezahlen können.

Das Repräsentantenhaus hat beschlossen, heute die Beratung der Bonussbill vorzunehmen, wonach jedem amerikanischen Kriegsteilnehmer eine Rente ausgesetzt werden soll. Die dadurch erwachsenden Kosten werden auf eine Milliarde Pfund Sterling geschätzt.

Die Pariser Orientkonferenz.

„Petit Parisien“ schreibt zu den bisherigen Verhandlungen der Orientkonferenz, man würde ein wenig überhitzt urteilen, wenn man annehme, daß alles bei den Beratungen nach Wunsch gehe und daß die endgültige Lösung schon in Aussicht stehe. Die Alliierten seien von einer Einigung in den wesentlichen Fragen noch sehr weit entfernt. Die Frage des Schutzes der Minoritäten sei nach der Evolution der letzten Wochen im voraus schon geregelt gewesen. Das sei aber nicht mit den drei nicht weniger verwickelten Fragen der Gall, nämlich mit dem Regime der Meezengen, der Räumung von Konstantinopel durch die alliierten Truppen und der Bestimmung der Grenze von Thrakien. Das gleiche Blatt erklärt, man erwarte nicht, daß die Türken den Vorschlag des Waffenstillstandes unterzeichnen würden, bevor man ihnen nicht von dem Gesamtvorschlages der Alliierten Kenntnis gebe.

In der Frage der Räumung Kleinasiens geht man auf die Vorschläge der Generale Pellé, Harrington und Maréchal, die sich in Konstantinopel befinden, zurück. Danach soll die Räumung stufenweise innerhalb fünf Monaten erfolgen. Das Gebiet von Smyrna wird ebenfalls geräumt. Strenge Maßnahmen werden getroffen, damit noch erfolgter Räumung durch die griechischen Truppen in diesem Gebiet keinerlei Unruhen ausbrechen. Die alliierten Truppen werden infolgedessen bis zum Abbruch dieser Räumung in Smyrna, Varderna und Brussa verbleiben, während drei Kreuzer die Räumung der Küstengebiete überwachen werden. Ungeklärt ist noch die Frage, welches Regime Smyrna erhalten soll, man nimmt aber an, daß es autonom erklärt werden wird. Einem Vorschlage von Lord Curzon folgend, werden sich die Alliierten nur das Recht vorbehalten, der türkischen Regierung den Kandidaten für den Posten des Wali vorzuschlagen. Auch den Armeniern wird auszeichnender Schutz in Armenien und Zilzijen zugesichert werden.

Der französische Entwurf für die Lösung der Orientfrage geht nach einem Pariser Bericht der „Daily Mail“ besonders darauf hinaus, dem Kalifen von Konstantinopel das Ansehen wieder zurückzugeben, das ihm durch den Vertrag von Sèvres genommen wurde. Der Sultan soll die Kalifenwürde über alle Muselmanen zurückerhalten. Die heiligen Orte des Islam sollen wieder unter die geistliche Herrschaft des Kalifen von Konstantinopel gestellt werden, vor allem Mekka, Medina, Bagdad, Adrianopel und Konstantinopel. Die Generale Gouraud und Bégandit haben besonders auf die Gefahr eines muslimischen Aufstandes hingewiesen, wenn die Frage des Kalifats nicht im Sinne der Wünsche der Muselmanen gelöst werde.

Der Konflikt in Memel.

Memel, 24. März. (W.B.) Der Oberkommissar hat das Verbot der sozialistischen „Wortstimme“ aufgehoben, die Ausweisung ihres Schriftleiters jedoch bis jetzt nicht zurückgenommen. Die Abstimmung in den Betrieben hatte eine große Mehrheit für einen Proteststreik ergeben. Die gewählte Kommission sprach sich jedoch unter den augenblicklichen Verhältnissen gegen einen allgemeinen Ausstand aus, der infolgedessen unterblieben ist.

Winter im Frühling.

Vor wenigen Tagen sollte der Frühling programmäßig seinen Einzug halten. Der Winter ist jedoch in diesem Jahre außerordentlich hartnäckig und dickfellig. Statt des erhofften Frühlingssonnenscheins liegt trübe Stimmung über dem ganzen Lande, scharfer, eisiger Wind legt dahin und mit Sorgen sehen die Frauen den so knappen Kohlenvorrat schwinden. In den Außenbezirken Berlins, in denen vor einigen Tagen eifrig in Garten und Feld gearbeitet wurde, liegt eine zarte, weiße Schneedecke und es ist so, als ob wir noch gar nicht an Lenz und Blumen denken dürften. Ein Wintermärchen im Frühling, aber kein schönes.

Die ungewöhnlich kühle, fast kalte Bitterung der vergangenen Märztag wurde verursacht durch Tiefdruckgebiete, die auf dem westlichen Mittelmeer anhielten und ziemlich rasch nach Osten und Nordosten vordrangen, während gleichzeitig ein umfangreiches Hochdruckgebiet auf den britischen Inseln lag. Dadurch drehten sich die in den ersten Märztagen noch meist westlichen Winde langsam nach Nordosten und Osten und brachten aus den östlich gelegenen Gegenden kalte Luftmassen nach Europa. Die Abkühlung nahm mehr und mehr zu und während anfangs nur in den klaren Nächten durch die Ausstrahlung die Temperatur unter den Nullpunkt sank, ist in den letzten Tagen auch in den Mittagsstunden die Temperatur meist unter dem Gefrierpunkt geblieben. Besonders kalt war es in Ostpreußen, wo gestern an einigen Orten 12 Grad Kälte beobachtet wurden. Gleichzeitig mit der Kälte traten namentlich in Süddeutschland ungewöhnlich starke Schneefälle ein, so daß die Mittelgebirge und die Berge plötzlich eine Neuschneedecke aufzuweisen hatten. Die Schneefälle haben sich in den letzten 24 Stunden daselbst noch erheblich vermehrt und allmählich nordostwärts bis nach Schlessien und Pommern ausgebreitet. Auch hier in der Mark Brandenburg sind gestern teilweise Schneefälle herniedergegangen. Landeburg meldete heute früh 2 und Dahme i. M. 6 Zentimeter Neuschneedecke.

Die Wetteraussichten sind auch für die nächsten Tage noch nicht günstig. Die Tiefdruckgebiete scheinen sich nur sehr langsam in östlicher Richtung weiterzubewegen, so daß die Nordost- bis Ostwinde noch fortauern, wenn auch an Stärke verlieren werden. Doch dürfte die Kälteperiode ihren Höhepunkt überschritten haben, da sich im Nordwesten Einzelne atlantischer Tiefdruckgebiete wahrnehmen lassen, wodurch eine allmähliche Drehung der Winde nach West und damit ein Uebergang zu milderem Wetter herbeigeführt werden wird.

Die Nord-Südbahn-Verträge.

Vollmacht für den Berliner Magistrat.

Die Stadtverordnetenversammlung hat gestern, wie bereits kurz mitgeteilt, in nichtöffentlicher Sitzung der Fertigstellung des Nord-Südbahn-Baues auf Grund der vom Magistrat unterzeichneten Verträge mit zwei Finanzgruppen zugestimmt und den Magistrat ermächtigt, die Nord-Südbahn-Vollzugsgesellschaft entsprechend dem Entwurf zu gründen, den Vertrag zwischen der Stadt und der Aktien-Gesellschaft gemäß der Vorlage zu schließen und die in den Darlehensverträgen vorgesehenen Verpflichtungen für die Stadt einzugehen, sowie die Genehmigung der Stadt zu diesen Darlehensverträgen zu erteilen. Der Betriebsvertrag, in dem die Hochbahn-Gesellschaft eintreten soll, bedarf noch der Zustimmung des zur Vorbereitung der Vorlage einberufenen Stadtverordneten-Ausschusses; vorher darf er, wie ausdrücklich beschlossen worden ist, nicht abgeschlossen werden. Zu dem Gründungsvertrag der Aktiengesellschaft haben die Stadtverordnetenversammlung noch einen Zusatzantrag der Deutschen Volkspartei an, wonach nicht die Hochbahn-Gesellschaft an der Gründung der Aktiengesellschaft mit Kapital beteiligt wird, sondern ein Treuhänder, der die Aktien übernimmt, um sie dem als Betriebsgesellschaft später gewählten Unternehmen zu überlassen. Der zuständige Stadtverordnetenausschuss wird jetzt in die Verhandlungen mit der Hochbahn-Gesellschaft wegen des Betriebsvertrages eintreten. Der den Stadtverordneten vorgelegte Entwurf des Betriebsvertrages war nicht eine fertige Vorlage, sondern ein Angebot der Hochbahn-Gesellschaft, das erst zur Grundlage neuer Verhandlungen gemacht werden muß.

Die täglichen Mauthüberfälle.

Ein schwerer Straßenraub wurde gestern abend kurz nach 8 Uhr am Elisabethufer verübt. Dort fielen zwischen der Reichenberger- und Scharfener Straße zwei Wegegänger über den Schantwirt Emil Lange aus der Bodinstr. 43 zu Neukölln her. Einer umschloß ihn von hinten und hielt ihn fest, so daß er wehrlos war. Unterdessen rief ihm der andere mit Gewalt den Leberheber aus, indem er ihm mit der anderen Hand ein gezacktes Messer über einen Dolch auf die Brust setzte. Dann rief er ihm aus der linken Tasche des Jacketts die Brieftasche heraus, die 35 000 Mark enthielt. Jetzt ergrißen beide die Flucht und entkamen. Auf die Errettung der Räuber und die Wiederherbeschaffung der Beute ist eine angemessene Belohnung ausgesetzt. Mitteilungen zur Aufklärung sind an das Raubdezernat der Berliner Kriminalpolizei, im Zimmer 80 des Polizeipräsidiums zu richten.

Mangel an Nachtelephonen.

In den Abendstunden sind die meisten öffentlichen Fernsprechautomaten unzugänglich. Ist man nun in der unangenehmen Lage, in den Abendstunden telefonieren zu müssen, so ist man auf die in Lokalen befindlichen gewöhnlichen Fernsprecher angewiesen. Dort kann man es erleben, daß einem für ein Gespräch nach 10 Uhr 2-3 R. abgefordert werden, ohne daß sonst irgendeine Möglichkeit besteht, die auf Postämtern usw. befindlichen Automaten zu benutzen. Hier muß und zwar schnellstens, von der Oberpostdirektion Abhilfe geschaffen werden.

„Volk und Zeit“, unsere illustrierte Wochenschrift, liegt der heutigen Postausgabe bei.

Eröffnung eines neuen Wochenmarktes in Neukölln. Im Interesse der im mittleren Ostteil Neuköllns ansässigen Einwohner sowie gleichzeitigen Entlastung des Marktes am Magdalenufer ist von den Bezirkskörperschaften die Eröffnung eines weiteren Wochenmarktes in der Treptower, Rosenger- und Wilhelm-Busch-Straße (am Herzbirgplatz) beschlossen worden. Die Eröffnung des neuen Marktes erfolgt am Donnerstag, den 30. März. Die regelmäßigen Markttagen werden auf Montag und Donnerstag von 8 bis 1 Uhr sowie Sonnabend von 2 bis 7 Uhr festgesetzt.

Erhöhung der Kartosen in den städtischen Heimstätten. Anläßlich der fortwährenden Geldentwertung und der damit verbundenen Steigerung aller Ausgaben für Anfalltsmedien sind auch die Selbstkosten der städtischen Heimstätten derartia gestiegen, daß eine Erhöhung der Kartosen nicht mehr zu vermeiden ist. Im Einverständnis mit der Deputation für das Gesundheitswesen hat der Magistrat daher beschlossen, die Verpflegungskosten auf täglich 20 R. für erwachsene Patienten der Wohlfahrts- und Anfalltsstellen und der Krankenanstalten, 10 R. für Kinder, sowie 12 R. für erwachsene Bekräftigte zu erhöhen. Der Stadtverordnetenversammlung wird eine entsprechende Vorlage unterbreitet.

Erwerbslosen-Hilfe im Februar 1922. Auszuges Februar 1922 wurden in Groß-Berlin insgesamt rund 52 800 Erwerbslose (davon 41 400 männliche und 11 400 weibliche) unterstützt. Der Abgang an Erwerbslosen betrug im Laufe des Monats Februar rund 17 600 (davon 14 600 männliche und 3 000 weibliche), der Zugang

rund 14 900 (davon 13 300 männliche und 1 600 weibliche). Von den 52 800 Erwerbslosen waren rund 20 700 organisiert. Von den 31 056 Verheirateten, von den weiblichen waren 10 611 über 21 Jahre alt und 3073 verheiratet, von den 5046 Verwitweten. Seit März 1921 und länger waren ausgangs Februar 1922 noch 7304 männliche und 2416 weibliche erwerbslos.

Die Jugendweiche in Nowawes findet am Sonntag, den 26. März, vormittags 10 Uhr, im Saale der Turnhalle, Auguststraße, statt. Das Gewerkschaftskomitee Nowawes erucht mit Rücksicht auf den Massenandrang, Kinder unter 10 Jahren nicht mitzubringen, die über 10 Jahre alten Kinder gehen auf die Galerie, damit der Platz im unteren Saale für die Angehörigen und sonstigen Teilnehmer verbleibt.

Volkshochschule Groß-Berlin (Arbeitsstätte Zentrum und Sonderveranstaltungen). Am Sonnabend, den 25. März, abends 7 Uhr, findet im großen Hörsaal des Anwarts für Biensünde, Georgenstraße 34/36, eine Abendvorlesung für die Leiter dieser Unterrichtsperiode statt. Es sprechen Professor Dr. Fuhs über „Der naturwissenschaftliche Unterricht an der Volkshochschule“ und Prof. Dr. Vohler über „Poesie und Technik“. Gäste sind eingeladen. Eintritt frei.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Ein wenig milder, ziemlich trübe und neblig mit leichten Schneefällen und mäßigen anfangs nordwestlichen, später südlichen Winden.

Blutkaten im besetzten Gebiet.

Aus dem besetzten Gebiet wird folgender fast unglaublich klingender Vorfall gemeldet: Zwei Beamte der hamborner Schutzpolizei, die sich auf Patrouille befanden, benutzten die Straßenbahn. Während der Fahrt wurden sie von zwei belgischen Kriminalbeamten, von denen der eine namens Schmitz als sehr gewalttätig bekannt ist, angesprochen. Schmitz richtete auf die beiden Beamten die Frage: „Was machen Sie und wo wollen Sie hin?“ Einer der deutschen Beamten erwiderte, daß sie sich auf Gollhauspatrouille befänden. Als darauf derselbe belgische Beamte einen Ausweis verlangte, fragte der deutsche Beamte: „Weshalb? Wir sind im Dienst!“ Darauf packte Schmitz den deutschen Beamten an der Brust und zog mit der anderen Hand die Waffe. Der zweite belgische Beamte machte ebenfalls seine Waffe schußfertig und zog das Revolver. Als der Wagen zum Halten gebracht war, rissen die beiden Belgier den deutschen Beamten heraus auf die Straße und erschossen ihn sofort. Ein Kampf hat nicht stattgefunden. Der Erschossene hielt sogar noch die glimmende Zigarette im Mund. Die belgischen Kriminalbeamten brachten dann die Leiche mit der Straßenbahn nach einer Trinkhalle, wo sie sie niederlegten. Der Kamerad des Getöteten folgte den beiden und brachte den Vorfall zur Kenntnis der Behörden. Die belgischen Kriminalisten wurden verhaftet.

Ferner wird aus Hamburg noch folgendes mitgeteilt: Am späten Nachmittag des 22. März fuhr der 25jährige belgische Oberleutnant Graf, Sohn eines belgischen Generals, von Ruhrort nach Hamburg. Bei einer Wirtshausstopp in der Straßenbahn nach Walfum um und nahm im Wagen Platz. Auf der hinteren Plattform standen mehrere junge Leute und der Schaffner. Bei der Haltestelle Hefmann stiegen vier gutgekleidete junge Leute auf die Straßenbahn und einer öffnete die hintere Bogentür so weit, daß er die Faust durchstießen konnte. Er gab drei Schüsse auf den Offizier ab, worauf die jungen Leute vom Wagen sprangen. Der Attentäter schoß von der Straße aus noch dreimal auf den Offizier, der zwischen die Schulterblätter und in den rechten Hinterkopf getroffen wurde und sofort tot war. Die Befehlsgewalt hat den verschärften Belagerungszustand über Hamburg verhängt. Von dem Attentäter fehlt bis jetzt jede Spur.

Ob zwischen der ersten und der zweiten Mordtat ein Zusammenhang besteht, kann natürlich noch gar nicht beurteilt werden.

Dampfer in See not. Ein Funkpruch des amerikanischen Passagierdampfers West Caruth teilt mit, daß das Schiff untergeht. — Der portugiesische Dampfer Salimence hat ebenfalls einen drohlichen Hilferuf ausgesandt. Französische Dampfer sind an die Unfallstelle geeilt.

Wirtschaft

Preiswelle und Zeitungsnot. Man schreibt uns: Unter den vielen Klagen über die Folgen der Preissteigerung steht eine besonders im Vordergrund: das ist die ganz außergewöhnliche Herabsetzung des Papierpreises. Noch vor kurzem glaubte man mit einem Preis von 8,50 R. für das Kilogramm unter keinen Umständen auskommen zu können, während gegenwärtig die Papierfabriken für den Monat April einen Preis von 13,50 Mark fordern. Die Folge dieser Papierpreissteigerung sind für die kleine Presse schwer zu ertragen, und andauernd werden bereits gegenwärtig Zusammenbrüche schwacher Zeitungsunternehmen gemeldet. Nicht zuletzt ist die sozialdemokratische Partei um die Lebensfähigkeit der Presse ernstlich besorgt. Beht man den Ursachen der Preissteigerung nach, so sind es im wesentlichen die enorm hohen Holzpreise, die eine Erklärung für den gegenwärtigen Stand abgeben. Wenn es uns nicht gelingt, eine Zwangswirtschaft für Holz in der Weise durchzuführen, daß für die Zellstofffabrikation ein bestimmtes Quantum Holz, das für das Zeitungspapier den Bedarf deckt, zu billigen Preisen hergegeben wird, so werden alle Bemühungen, an dem für April festgesetzten Preise vorbeizukommen, erfolglos bleiben. Leider hat die Presse, soweit solche Bemühungen überhaupt ernstlich verfolgt sind, bei den Einzelstaaten und auch beim Ministerium für Ernährung und Landwirtschaft, das die Frage der Holzlieferung zu bearbeiten hat, nie eine Unterstützung in ihrem Bestreben gefunden, und das Ministerium für Ernährung und Landwirtschaft hat sich bisher abkehrend gegen jede Zwangswirtschaft ausgesprochen. Die Zellstofffabriken geben in ihren Preiskalkulationen an, daß für Papierholz bis zu 900 R. für den Raummeter gefordert werden und bei diesem Preis ihre Anforderung keine übermäßige Höhe erlangt habe. Es handelt sich hier um eine Frage, die für das deutsche Volk auch von großer kultureller Bedeutung ist, denn es würde bei diesen Preisen wahrscheinlich nur möglich sein, die großen Blätter noch lebensfähig zu erhalten. Damit würde ein Monopol in der Presse geschaffen, das politisch von den übelsten Folgen begleitet wäre.

Schütte-Lanz in Amerika. Der bekannte Erbauer der Schütte-Lanz-Luftschiffe Dr. Schütte ist aus den Vereinigten Staaten zurückgekehrt, wo er zur Anknüpfung von Geschäftsverbindungen auf dem Gebiete der Luftschiffahrt gewelt hatte. Ueber die Ergebnisse seiner Reise teilt er folgendes mit: Unter Mitwirkung der bedeutendsten Finanz- und Industrietreffe Amerikas ist die „General Air Service Corporation“ (Allgemeine Luftdienst-Gesellschaft) gegründet worden, welche es sich zur Aufgabe gestellt hat, unter Verwertung der Patente und langjährigen Erfahrungen des Luftfahrzeugbauers Schütte-Lanz und in engstem Zusammenarbeiten mit diesem den Bau und den Verkehr mit großen Handelsluftschiffen aufzunehmen. Es ist zunächst beabsichtigt, drei große Luftschiffe in Deutschland in Auftrag zu geben, womit der deutschen Luftwirtschaft und Qualitätsarbeit ein wichtiges und ausserordentliches Betätigungsfeld wieder erschlossen wird. Somit beruht das neue Unternehmen in erster Linie die Interessen der deutschen Arbeitererschaft, indem es ihr Arbeitsmöglichkeit und Verdienst bringt. Nur mit ausländischer Hilfe war die Fortsetzung des deutschen Luftschiffbauwerks überhaupt möglich. Deutsche Interessen werden auch dadurch zur Geltung kommen, daß eine Zusammenarbeit zwischen der neuen Gesellschaft und dem Norddeutschen Lloyd und dem Lloyd-Luftdienst angebahnt wird.

Gewerkschaftsbewegung

Gemeinnützige Betriebe.

Im „D. L.“ wird dem Entwurf der Schlichtungsordnung entgegengehalten, daß sich die Regierung nicht hat entschließen können, den sogenannten „gemeinnützigen Betrieben“ und Verwaltungen einen weitgehenden Schutz als den anderen Betrieben zuzuerkennen. Es werde nur insoweit unterschieden, als die Schlichtungsbehörden bei Gesamtschlichtungen in gemeinnützigen Betrieben auch dann von Amts wegen eingreifen können, wenn keine vereinbarte Schlichtungsstelle zuständig ist, was sonst nur nach Anhörung der Parteien und nicht gegen deren übereinstimmenden Willen geschehen kann. Weiter soll bei Streitigkeiten in solchen Fällen das Schlichtungsverfahren besonders beschleunigt und nicht anerkannte Schlichtungsstellen für verbindlich erklärt werden. Von Strafbestimmungen sei abgesehen und man überlasse es der Zukunft, ob und welche weiteren Bestimmungen zum Schutze gemeinnütziger Betriebe und Verwaltungen erforderlich sind.

„Diese Lösung“, schreibt das demokratische Blatt, „erinnert an das berühmte Raster ohne Ringe, dem der Griff fehlt.“ Von einer Lösung des Schlichtungsproblems scheint ihm der jetzige Entwurf weit entfernt zu sein.

Es kommt schließlich auf die Auffassung des Begriffs des Schlichtungsproblems an. Ein Zwangssystem zur Verhinderung jeglichen Streiks kann nichts als Schlichtungsordnung geschaffen werden. Wenn schon demokratische Kreise den Rauswurf der gemeinnützigen Betriebe samt der Bürge durch Strafbestimmungen in dem Entwurf vermissen, dann kann sich die Arbeitnehmerenschaft einen ungefähren Begriff von der Behandlung des Entwurfs in der reaktionären Presse machen.

Was ist nicht alles „gemeinnütziger Betrieb“? Soweit davon überhaupt die Rede ist, muß in dem Gesetz klipp und klar umgrenzt werden, was gemeinnützige Betriebe sind, da den Privatbetrieben keineswegs eine Ausnahmestellung eingeräumt werden kann, wenn sie sich für den Streikfall als gemeinnützig halten. Sollen die reaktionären Wünsche verwirklicht werden, dann genügen zwei Paragraphen. Einer, der den Streik verbietet und ein zweiter, der die Strafbestimmungen für Streitende enthält.

Man sollte aber, auch in demokratischen Kreisen, nicht ganz übersehen, daß es sich hier nicht um die Schaffung eines Zuchtgesetzes, sondern um die einer Schlichtungsordnung dreht.

Teuerungsausgleich im Versicherungsgewerbe.

Dem Zentralverband der Angestellten wird ausgeschrieben: Der vom Reichsarbeitsministerium am 23. März eingeleitete Schlichtungsausschuss fällt einen Schiedspruch, nach dem Beihilge- und Jugendbeihilge 20 Proz., Angestellte bis zum 20. Lebensjahre 30 Proz., Angestellte über 20 Jahre 40 Proz. Zulage auf die bestehenden Monatsgehälter erhalten sollen. Die Überstundenjahre wurden um 40 Proz.

Die Vorschläge um 10 Proz. und die Aufwandskosten um 20 Proz. erhöht. Dieser Schiedspruch ist für März endgültig, für April vorläufig. Der Arbeitgeberverband deutscher Versicherungsunternehmen hat dem Zentralverband der Angestellten telegraphisch mitgeteilt, daß er dem Reichsarbeitsministerium gegenüber die Ablehnung des Schiedspruches noch gestern erklärt habe.

Die Angestellten im Einzelhandel zum Schiedspruch.

Die Funktionäre der Fachgruppe Einzelhandel des ZdV. nahmen am Donnerstagabend in den Sophienhallen zu dem am Morgen gefällten Schiedspruch Stellung. Die Referentin Grete Weinberg erinnerte zunächst an die gestellten Forderungen von 35 Proz. Gehaltserhöhung für März und von weiteren 20 Proz. für April, sowie die Einführung des Sechsuhrschlusses. Bei den Verhandlungen erklärten die Arbeitgeber, nicht imstande zu sein, den Sechsuhrschluss einzuführen. Die wirtschaftliche Lage Deutschlands gestalte sogar, daß der halbe freie Tag im Monat fortfallen müsse. Überstunden sollten in der Gruppe 4 nicht mehr bezahlt werden. Bezüglich der Gehaltserhöhungen erklärten die Arbeitgeber, es können für März nicht mehr als 20 Proz. zu den Februargehältern und für April nicht mehr als 25 Proz. bewilligt werden. Eine Einigung war mithin ausgeschlossen, so daß es zum Schiedspruch kam (den wir in der gestrigen Abendausgabe brachten).

Zu dem Schiedspruch, der für März eine Gehaltserhöhung von 30 Proz. (statt 35) und für April eine solche von 35 Proz. (statt insgesamt 55 Proz.) vorsieht, erklärte die Referentin, daß es die Situation, in der sich Deutschland augenblicklich befindet, nicht zulasse, diesen Schiedspruch anzunehmen. Das für April bestimmte Gehalt werde erst am Monatschluss, zum 1. Mai, ausgezahlt, und bis dahin sei die Teuerung wieder weit größer geworden. Weiter müsse auf der gleichen Bezahlung für weibliche und männliche Kräfte bestanden werden. Die Vertreter des ZdV. lehnten den Schiedspruch daher ab, die Arbeitgeber ebenfalls. Zum Schluss appellierte Rednerin an das Verantwortungsgefühl der Funktionäre, da nunmehr leicht mit einem Streik zu rechnen sei.

Grete Weinberg erklärte, die Angestellten seien zu einer annehmbaren Einigung bereit gewesen, doch sei es die Schuld der Arbeitgeber, daß keine Einigung erzielt wurde. Bezüglich des Sechsuhrschlusses habe Dr. Roth darauf aufmerksam gemacht, daß dieser nur auf gesetzlichem Wege (§ 139f. GG.) zu erreichen sei. Die Arbeitgeber machten geltend, daß im Falle der Einführung des Sechsuhrschlusses die Löhne um mindestens eine halbe Stunde gekürzt werden müßten. Erreicht sei das Zustandnis, daß den auf Probe Anstellten drei Tage vor Ablauf der Probezeit gekündigt werden müsse, da sonst das Anstellungsverhältnis einen Monat weiter läuft. Redner wandte sich dann gegen die Entscheidung der Handelskammer, der Schiedspruch sei bei der starken Teuerungswelle unannehmbar, vorab die Zulage für April um nur weitere 5 Proz. — In der Aussprache wandten sich die meisten Redner gegen den Schiedspruch. Die Entscheidung bleibt den Angestellten überlassen. Ergibt die Urabstimmung die Ablehnung des Schiedspruchs, ist mit einem Streik zu rechnen.

Aus den Wagen- und Karosseriefabriken.

Eine überfüllte Vollversammlung aller in den Wagen- und Karosseriefabriken beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen nahm am Donnerstag den Bericht über den Verlauf der Lohnverhandlungen entgegen, der von Blich und Henschel gegeben wurde. Am 17. Februar wurde mit den Arbeitgebern wegen einer Verbesserung der Löhne verhandelt. Diese lehnten die Forderung eines Zuschlages von 4 Mark auf die Stundenlöhne ab.

Darauf wurde der Schlichtungsausschuss anrufen, dessen Spruch auf 2 Mark für gelernte Facharbeiter und auf 1,75 Mark für Ungelernte lautete. Dieser Spruch, der für die Zeit vom 16. Februar bis 15. März gelten soll, wurde angenommen.

Am 14. März fand wieder eine Verhandlung vor dem Schlichtungsausschuss für die Zeit nach dem 15. März statt. Die Kommer machte einen Vergleichsvorschlag, nach dem die bestehenden Löhne mit den bewilligten Zuschlägen bis zum 31. März Geltung haben sollten. Dieser Vorschlag wurde von einer Vollversammlung am 16. d. M. abgelehnt. Dagegen wurde beschlossen, einen weiteren Zuschlag von 6 Mark auf den Stundenlohn zu fordern. So daß dieser sich für Facharbeiter auf 22 Mark stellen würde, und ferner die Arbeitgeber zu ersuchen, sich bis spätestens am 23. März hierüber zu erklären. Die Arbeitgeber haben darauf geantwortet, daß sie am 29. März verhandeln wollen.

Das Kartell hat empfohlen, von einem generellen Streik vorläufig abzusehen, mit den Arbeitgebern am 29. d. M. zu verhandeln und das Resultat abzuwarten. Dagegen soll aber allen in Frage kommenden Firmen die Forderung unterbreitet werden.

Nach längerer Diskussion wurde dieser Vorschlag mit überwiegender Mehrheit angenommen.

Die Zahl der ausgesperrten Metallarbeiter in Bayern, einschließlich der übrigen durch die Aussperrung betroffenen Arbeiter, wird auf rund 60 000 angegeben.

In der oberhessischen Bergwerks- und Hüttenindustrie kam eine Vereinbarung mit den Angestellten zustande, wonach die Gehälter für Februar im Anfangsgehalt und in den Steigerungsjahren um 27 Prozent erhöht werden und im März um weitere 20 Prozent. Das Kindergeld ab 1. März wurde auf 200 Mark monatlich festgesetzt. Außerdem wurden einige Sonderbezüge technischer Angestellter erhöht.

Groß-Berliner Parteinahrichten.

Zungelassen. Gruppe Lichterfelde. 7 1/2 Uhr im Jugendheim. Wobesfeld. 14. d. Monatsabend — Gruppe Köpenick. 7 1/2 Uhr. Gemeindefest. Cottbuscher Straße 24. Unterhaltungsabend. — Arbeitergemeinschaft S. d. M. Die heutige Veranstaltung fällt wegen Raummangels aus. Nächste Zusammenkunft Freitag, 27. d. M., 8 Uhr im „Vorwärts“-Saal, Lindenstraße 3. Wichtige Sitzung. (U. a. die Einzelheiten der Direktorenwahl. Stellungnahme zur Radeburger Resolution und zum Verhalten der Reichsausschussleiter). Alle Mitglieder des Arbeits- und Reichsausschusses werden aufgefordert, zu erscheinen.

Verantw. für den Inhalt. Teil: Franz Althe. Berlin-Lichterfelde; für Anzeigen: Th. Gluck, Berlin. Verlag Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Verlagsdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin. Emdenstr. 2.

Achtung! Noch sehr preiswert Achtung!

Oberhemden, Leinenwäsche, Sportwäsche, Einsetz- u. Normalhemden, Strumpf- und Wollwaren, moderne Krawatten

Spez.: Dauerwäsche

J. Altberg Neukölln, Bergstr. 155
Fil.: Berlin, Oranienstr. 199

Special für feine Geschäft Lederwaren

U. v. Pannede & Sattlermeister
Neukölln, Bergstr. 155 (alte Bismarckstr.)

Drum prüfe, wer sich ewig bindet!

Als Selbstersteller liefere ich in Qualität und Preisen einzig dastehende

Trauringe

- 1 Ring, Dukaten-Gold, von 250,- an
- 1 Ring, 333 gestempelt, von 200,- an
- 1 Ring, 333 gestempelt, von 100,- an

Saratieschein für gesetzliches Goldinhalte.

Ausführlicher Katalog nach auswärtig gegen Rückporto.

H. Wiese, Juwelier
Artilleriestraße 30 und Passauer Straße 12
3 Min. v. Bahn, Friedrichstr. 1 Min. v. Witzn.-Pl. Nähe Zoo
Telephon: Norden 1030. — Handelsgerichtlich eingetragen Firma.

Billige Bettwäsche
Leibwäsche

Maßkorsetts und Reparaturen.
Fr. L. Bungartz, Neukölln, Bodinstr. 25a.
Fernspr. Neuk. 2334

Gardinen!
Sonderangebote u. Gelegenheitskäufe in Resten
Stores, Bettdecken, Madras- und Kunstgardinen
Spez. - Gardinenwerkstatt
Neukölln, Bergstr. 67
am Ringbahnhof.

Korb- u. Rohrmöbel
Eig. Fabrik, stets hervorragend.
Neuh. Or. Ausw. Bill. Preise.
Edmund Voß, Bin-Neukölln
Berliner Str. 14, Nähe Hermannplatz.
Tel.: Neukölln 2294
Reparatur, sämtl. Korbbwaren

WEBER

Berliner Straße 124 Charlottenburg Berliner Straße 124

Zum Schulbeginn
Schulhefte · Schiefertafeln · Ordnungsmappen
Zensurenmappen · Zeichenblocks · Reißbretter
Reißschienen

Korsette
aus la Stoffen u. in all. Preislagen
empfehlen
Korsett-Fabrik Rich. Necke
1. Gesch.: Berl.-Karlsruher, Treskow-A. Lee 99
2. B.-Lichtenbg., Neue Bahnhofstr. 26
Berl., Kommandantenstr. 23
1248z Ecke Alte Jakobstraße

Arbeitskleidung
Hosen
von 45,- bis 225,- M
Hemden, Unterhosen, Socken
Berufskleidung
Gute Ware!
Billigste Preise!
Gerh Köhnen
Neukölln,
Hermannstraße 76/77.

Sehr preiswerte
Herrenunterwäsche
empfehlen
Strumpfhaut „Werba“
Berlin, Kottbuser Damm 72
Ede Venaustraße

Hosen! Hosen!
Arbeits-hosen 98,- 108,- 128,-
Engl. Lederhosen 128,- 148,- 168,-
Gestreifte Hosen 138,- 158,- 178,-
Knaben-Anzüge in allen Größen
Bauchhosen für starke Herren

Altes renommiertes
Restehaus
Damen-Mantelstoff, Tuchen
Affenhaat, Covercoat, Homospun,
Kostümstoffe, Kammergarn, Gabardine,
sehr billig — Kleider-, Mantel- und
Putter-Selbstes in vielen Farben.
Reste in Anzug- und Paletotstoffen
für Herren und Knaben
Gelegenheitskäufe in modernen
Mänteln, Kostümen und Röcken
Paul Karle
o 34, Warschauer Straße 79

HOSEN
Außergewöhnlich. Angebote
Arbeits-hosen 80,- 90,- 95,-
Gestreifte schon 110,- 125,- 152,-
Ersatz für Maß 180,- 190,- 236,-
Ein Pauche Herren-Anzüge außerordentlich billig
Breches, Jünglings- u. Bauchhosen in
großer Auswahl in allen Längen u. Weiten
München-Gladbacher Hosen-Zentrale
N. Rögner Straße 28, Blauer Laden
u. d. Brunnenstr. u. Bahnhof Gesundbrunnen
Fahrgeleitvergütung.

Wo laß ich meinen Anzug machen?
Wer garantiert. f. gut. Sit. u. Verarbeitung?
Max Motel, Schneidernstr.
Neukölln, Ringbahnstr. 88 — Tel. 900
Lieferung für höchste Staatsbedarfen
Siele Annehmungen u. Dankschreiben

Korbmöbel
kauft Sie am vorteilhaftesten dir. b. Hersteller!
A. Esdan
Anerkennung für seine
Korbmöbel.
Fernspr. Neukölln 1759
Ausstell. u. Verkauf nur
Neuk. Angergrabenstr. 21

Zahn-Atelier f. modernen Zahnersatz
H. Knapp vorm. Fecker
Sprechstunden 9-11 u. 4-6, Sonntags 10-12
Kottbuser Damm 70/71. Telephon: Npl. 7827

MÖBEL
kaufen Sie sehr vorteilhaft im
Spezial-Möbelhaus
G. CAMNITZER
Schönhäuser Allee 82
Gef. Möbelstraße, am Ringbahn, Schön-
häuser Allee und Hochbahn Nordring
Auf Wunsch bequeme Teilzahlung

Zeitungs-papier!
gebündelt, ab 4,50
Gaus-Dein-
lampen! Reichhalt.
hohe Preise
Neukölln, Weiler-
straße 179
Hauptgeschäft: Reinhold-
fernsp.: Neukölln 981

Willst du preiswert
Hosen
kaufen, mußst du
Hosen-Anders
laufen.
A. Anders
Beusselstr. 25

Korbmöbel
für Gärten, Balkone,
Vohnimmer i. modern.
u. dauerhafter Aus-
führung Korbesel v.
H. 60 an. Große Auswahl
Beschreibung erbeten
Heinrich Kaese
Korb- u. Rohrmöbel-Haus
Neukölln, Berliner Str. 85
Quergeb. pl. Kein Lad.

Trauringe
Dukaten-Gold (900 gest.)
333-385 gest.
Jede Größe am Lager
Garantie-schein für gesetzl. Goldgehalt.
Nicht die Reklame, der Name
bürgt für Qual. u. Preiswürdigkeit.
Spezialhaus losenloser
Trauringe
Erich Fuhrmann
NW 87, Gotzkowskystraße 13
Ankauf Gold, Silber, Plat. Bruch

Stoffe
für Herren und Damen
feinste Qualitäten
Albert Walkhoff, Neue Königstr. 54
am Alexanderplatz
Vorziger erhält 5 Proz. Rabatt.
Passage-Bad
Kottbuser Damm 70
vollständig renoviert, verleiht folgende Bäder:
Wannen-, Sol-, Fichtennadel-, Stahl-, Auf-
rühr-, Schwefel-, Kohlen-, Licht-, Koh-
tannin-, Dampf-, Jodium-, Iodid-,
Wald-Idr. mediz. Bäder.

Gold-, Silber-, Platin-
Ringe, Ketten, Cartel, Blumenzubehöre
Brillanten
kaufen Sie zu den allerbilligsten Preisen
Gebr. Fuhrmann, Nollendorfstr. 39
1 Minute vom Rotenbühl

Diendstoffe - Baumwolle / Delle
in allen Größen / Prima Governor
und Garboline / Marco-Polo u. Einjah-
hemden / Strümpfe / Schürzen / Leib-
tücher / Stiefelchen u. a. / Große Auswahl
in Damen- u. Kinderhüten bei primärrt
Ella Schmel, Neukölln
Nollendorfstr. 2. Nähe Rotenbühl

Gold-Silber-Platin
C. Käferle, Juwelier
Frankfurter Allee 276
Nähe Ringbahnhof
Fahrgeleit wird vergütet!
Bettwäsche
zu Fabrikpreisen!
Damenhemden, Sand-
schuhe, Tisch-, Schürzen!
Kaufschneiden!
Eckelrecht Gasen-
betriebe 83
Dielenmöbel,
weiße.
Engros-Export.
Girndt, Neukölln,
Angergrabenstr. 2.
KUPFER
und sämtl. Altmetalle
Gold-, Silber- Bruch
kauft zu Engrospreisen
Metallankauf Puchlerstr. 5
30 - 40 Köpenicker Str.
Fahrgeleitvergütung.
Metallbetten
Stahlmatratzen, Rinderberg,
dieses Preis, Rialat, 30 Jahre
Gefahren, 10 Jahre (22, 2)